

Wann ist „sicher“ sicher? Kriterien zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise im Vergleich

Anastasia Pyschny und Daniel Hellmann

„Du bist motiviert, aufgeschlossen und politisch interessiert? ... dann bewirb dich“, hieß es in der SPD-Stellenanzeige, die auf facebook und der Parteiwebsite veröffentlicht wurde, um einen Bundestagskandidaten für den Eifelwahlkreis Bitburg zu finden. Bis zum 15. September 2016 hatten alle Bürger über 18 Jahre aus ganz Deutschland die Chance, ihre Bewerbung einzureichen – ob SPD-Mitglied oder nicht. 117 Interessenten sind dem Aufruf gefolgt, zehn wurden zum Gespräch eingeladen, drei Bewerber kamen ins „Finale“¹.

Doch kann eine sehr gut geschriebene Bewerbung tatsächlich der Schlüssel sein, um als Direktkandidat in den Bundestag einzuziehen? Die Antwort fällt nicht zu Gunsten des 32-jährigen „Casting-Gewinners“ und politischen Quereinsteigers *Jan Pauls* aus: Der Aachener Maschinenbauingenieur hat faktisch keine Chance, das Direktmandat zu erzielen. Dies hat nichts mit seiner Person, sondern mit der Wahlkreishistorie Bitburgs zu tun. Der rheinland-pfälzische Bundestagswahlkreis 202 gilt als „schwarze Hochburg“ und wurde seit Bestehen der Bundesrepublik ausschließlich von Kandidaten der CDU gewonnen: Nach *Matthias Joseph Mehs* (1949 bis 1953), *Hans Richarts* (1953 bis 1969), *Alois Mertes* (1972 bis 1983) und *Peter Rauen* (1987 bis 2005) hat ab 2009 das langjährige CDU-Mitglied *Patrick Schnieder* im Wahlkreis obsiegt.

Entscheidend für den Erhalt eines Direktmandates ist die Anzahl der gültigen Erststimmen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird die Erststimme auch als „Wahlkreisstimme“ oder „Personenstimme“ bezeichnet, weil man mit ihr den Kandidaten in einem von insgesamt 299 Wahlkreisen wählt. Wer gemäß der relativen Mehrheit die meisten Stimmen auf sich vereinen kann, zieht als Abgeordneter direkt in den Bundestag ein. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte CDU-Kandidat *Schnieder* die relative Mehrheit mit 46,1 Prozent. Die SPD-Konkurrentin *Elke Leonhard* landete mit 24,1 Prozent weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Im Jahr 2013 erzielte *Schnieder* mit 56,0 Prozent der Erststimmen sogar die absolute Mehrheit und lag wieder weit vor dem Kandidaten der SPD, *Jens Jessen*, der als Zweitplatzierter auf 26,3 Prozent der Stimmen kam. Bei derart klaren Ergebnissen wird oft von einem „sicherer“ Wahlkreis gesprochen. Ein Wahlkreis ist sicher, wenn er ständig von derselben Partei gewonnen wird und deshalb von einer gegnerischen Partei aller Voraussicht nach nicht erobert werden kann.² Folglich ist davon auszugehen, dass die

1 Vgl. „Pauls siegt beim SPD-Bewerber-Casting“, in: SWR vom 25. November 2016, <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/wahlkreis-bitburg-kuert-bundestagskandidaten-pauls-siegt-beim-spd-bewerber-casting/-/id=1682/did=18545654/nid=1682/kza6dc/> (Abruf am 7. Januar 2017). Nach Aussage des SPD-Kreisvorsitzenden *Nico Steinbach* auf der Delegiertenversammlung zur Aufstellung des Direktkandidaten wurden 118 Bewerbungen eingereicht (Gespräch vom 25. November 2016 in Prüm, im Rahmen des Forschungsprojekts des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl) über die Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2017, Halle (Saale)).

2 Vgl. *Peter Schindler*, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden, Band 2, Baden-Baden 1999, S. 239.

„schwarze Hochburg“ Bitburg auch bei der nächsten Bundestagswahl von der CDU gewonnen wird – und zwar unabhängig davon, ob sich dort *Schnieder* oder ein „schwarzer Stock“³ um das Direktmandat bewirbt.

Die Parteien haben ein großes Interesse daran, zu wissen, wie viele und welche Wahlkreise für sie als sicher gelten, das heißt, wie viele Direktmandate sie in jedem Fall erhalten werden. Insbesondere gilt dies für die Kandidaten, die den Wahlkampf und ihre politische Karriere vorausplanen möchten. Auch der Wähler profitiert von diesem Wissen: Je nach Ausgangslage in seinem Wahlkreis und seiner Parteipräferenz kann er den Einflussgehalt seiner Erststimmenwahl im Vorfeld besser einschätzen und diese – im Falle eines nicht sicheren Wahlkreises – strategisch ausrichten. Strittig ist allerdings bis heute, welches Kriterium für die Einstufung eines Wahlkreises als sicher am geeignetsten ist und wie hoch es ausfallen sollte. Aus diesem Grund werden im Folgenden politikwissenschaftliche Kriterien zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise vorgestellt und hinsichtlich ihrer Validität miteinander verglichen.

1. Politikwissenschaftliche Kriterien zur Bestimmung sicherer Wahlkreise

Bereits Ende der 1960er Jahre schlug *Heino Kaack* eine Kategorie zur Kennzeichnung von Wahlkreisen vor, in denen eine Partei das Direktmandat auch im Fall eines politischen Erdurtsches gewinnen würde.⁴ Die Bemessungsgrenze für diese Wahlkreise – die *Kaack* aufgrund möglicher Grenzfälle nicht als „sicher“, sondern „sehr stabil“ bezeichnet – liegt seiner Aussage nach bei „mindestens 24 Prozent“ Erststimmenvorsprung bei der vorherigen Bundestagswahl.⁵ Tatsächlich meinte *Kaack* einen Vorsprung von 24 Prozentpunkten.⁶ Er begründete sein Kriterium mit Erfahrungswerten der vorausgehenden Bundestagswahlen.

Der Politikwissenschaftler *Bodo Zeuner* setzte die Bemessungsgrenze mit größer gleich zehn Prozent Erststimmenvorsprung (wobei er ebenfalls Prozentpunkte meinte) zur Einstufung sicherer Wahlkreise weitaus niedriger an.⁷ Er berief sich dabei auf den Wert, den zuvor *Gerhard Loewenberg* in seinem 1966 veröffentlichten Werk „Parliament in the German

3 In der Wahlkreisberichterstattung und Fachliteratur zum Thema wird häufig gewitzelt, dass in sicheren CDU-Wahlkreisen selbst ein „schwarzer Stock“ und in sicheren SPD-Wahlkreisen auch eine „rote Mütze“ das Direktmandat für die jeweilige Partei gewinnen würde. Folglich können sich die Parteien in den betreffenden Wahlkreisen genügend Wählerstimmen unabhängig von personalen Gesichtspunkten sicher sein.

4 Vgl. *Heino Kaack*, Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese: Regionale Stimmenverteilung, Chancen der Kandidaten und Ausleseverfahren, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1965, Wiesbaden 1969, S. 56.

5 Ebenda.

6 Dies verdeutlicht *Kaacks* Beispiel vom Erfolg der Christdemokraten im nordrhein-westfälischen Wahlkreis Höxter, wo der CDU-Kandidat *Heinrich Wilper* 1965 das Direktmandat mit einem Vorsprung nicht wie *Kaack* schreibt mit 48,3 „Prozent“, sondern 48,3 Prozentpunkten gewann: Der SPD-Kandidat erzielte als Zweitplatzierter laut Angaben des Bundeswahlleiters 24.085 Erststimmen (21,5 Prozent), wohingegen *Wilper* 78.295 der Stimmen (69,8 Prozent) auf sich vereinen konnte.

7 Vgl. *Bodo Zeuner*, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965, Den Haag 1970, S. 25.

Political System“ zur Einstufung sicherer Wahlkreise angab.⁸ So unterschiedlich die Bemessungsgrößen von *Kaack* beziehungsweise *Zeuner / Loewenberg* sind: Beide Werte basieren auf dem Erststimmenvorsprung des siegreichen Wahlkreisbewerbers zum Zweitplatzierten bei der jeweils vorausgehenden Bundestagswahl.

Im „Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999“ schlägt *Peter Schindler* das so genannte Hochburgskriterium vor. Danach gilt ein Wahlkreis für eine Partei als sicher, wenn sie dort bei der vorherigen Wahl mindestens 55 Prozent der Erst- oder der Zweitstimmen auf sich vereinen konnte.⁹ Im Vergleich zu den Kriterien von *Kaack* und *Zeuner / Loewenberg* fallen gleich zwei Änderungen auf: Erstens spielt neben der Höhe des Erststimmenergebnisses für die Operationalisierung sicherer Wahlkreise ebenso das Zweitstimmenergebnis eine Rolle und zweitens handelt es sich um einen fixen Messwert. Nicht mehr der Abstand zum Zweitplatzierten entscheidet über die Sicherheit eines Wahlkreises für eine Partei, sondern die 55-Prozent-Marke. Nach *Schindler* können demnach selbst solche Wahlkreise nicht als sicher gelten, in denen die Kandidaten der Parteien bei der vorherigen Bundestagswahl die absolute Mehrheit an Erststimmen beziehungsweise Zweitstimmen erzielt haben.

Jenes hoch angesetzte Kriterium ist nach *Suzanne S. Schüttemeyer* aufgrund der Veränderungen im Wählerverhalten und im Parteiensystem kaum noch als realistisch zu bewerten. In ihrem 2002 veröffentlichten Aufsatz „Wer wählt wen wie aus?“ plädiert sie dafür, als Kriterium für die Messung sicherer Wahlkreise einen Vorsprung von mindestens 30.000 Erststimmen anzusetzen.¹⁰ Das „Stimmen-Kriterium“ legitimiert sich durch § 3 BWahlG, nach dem die Bevölkerungszahl in den Wahlkreisen „nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen“ soll. Bei einer Abweichung „mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen“. Das Kriterium wurde im Hinblick auf die Bundestagswahlergebnisse von 1998 – mit damals noch 328 Wahlkreisen und demnach weniger Wahlberechtigten je Wahlkreis – konzipiert. Dieser Logik folgend, müsste *Schüttemeyers* Ausgangsannahme nunmehr auf circa 33.000 Erststimmen angehoben werden. Da 30.000 jedoch als Fix- und nicht als Relativwert hergeleitet wurde, wird im Folgenden die Validität des 30.000 Stimmen-Kriteriums überprüft.

Komplizierter als die bislang vorgestellten Kriterien zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise ist der Vorschlag von *Hans Herbert von Arnim*. Sein Aufsatz „Wahl ohne Auswahl“, in der er auf das Schärfste die repräsentative Demokratie kritisiert und – zu Unrecht – behauptet, der Wähler hätte keinen Einfluss auf die Wahl seiner Volksvertreter¹¹, unter-

8 Vgl. *Gerhard Loewenberg*, Parliament in the German Political System, Ithaca 1966, S. 82.

9 Vgl. *Peter Schindler*, a.a.O. (Fn. 2), S. 239.

10 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer*, Wer wählt wen wie aus? Pfade in das unerschlossene Terrain der Kandidatenaufstellung, in: *Gesellschaft-Wirtschaft-Politik*, 51. Jg. (2002), H. 2, S. 145 – 159, S. 153.

11 Vgl. *Hans Herbert von Arnim*, Wahl ohne Auswahl. Die Parteien und nicht die Bürger bestimmen die Abgeordneten, in: *Andreas M. Wüst* (Hrsg.), Politbarometer, Wiesbaden 2003, S. 125 – 142, S. 127. Von Arnim begründet seine Aussage damit, dass nur „die beiden großen Parteien“ eine Chance haben Direktmandate zu erzielen und Kandidaten, die im Wahlkreis nicht ausreichend Stimmen erhalten, oftmals durch „die Hintertür“ (gemeint ist die oft praktizierte Doppelkandidatur im Wahlkreis und auf der Landesliste) in den Bundestag gelangen. Erfahrungsgemäß treffen beide Äußerungen von von Arnim zu. Der Bürger steht deshalb aber keinesfalls, wie von ihm behauptet, als „dummer Michel“ da: Dass zumeist nur CDU/CSU- und SPD-Kandidaten ein Direktmandat erzielen, liegt an der Tatsache, dass die Kandidaten dieser Parteien die meisten

Tabelle 1: Kriterien zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise bei Bundestagswahlen

Autor	Kriterien für sichere Wahlkreise	Messwert
Heino Kaack 1969	Erststimmenvorsprung	≥ 24 Prozentpunkte
Bodo Zeuner 1970 [Gerhard Loewenberg 1966]	Erststimmenvorsprung	≥ 10 Prozentpunkte
Peter Schindler 1999	„Hochburgskriterium“: Zweit- oder Erststimmenanteil	≥ 55 Prozent
Suzanne S. Schüttemeyer 2002	„Stimmen-Kriterium“: Erststimmenvorsprung	≥ 30.000 Stimmen
Hans Herbert von Arnim 2003	vorangegangene Wahlsiege und Erststimmenvorsprung	drei vorangegangene Wahlsiege im Wahlkreis und Erststimmenvorsprung bei der unmittelbar vorangegangenen Wahl von ≥ 15 Prozentpunkten (SPD); ≥ 5 Prozentpunkten (CDU/CSU) in den „alten“ Bundesländern und ≥ 25 Prozentpunkten (SPD); ≥ 10 Prozentpunkten (CDU) in den „neuen“ Bundesländern

Quelle: Eigene Darstellung

scheidet sich auch insofern von den bisher genannten Quellen, als er die Bestimmung von Wahlkreissicherheit zum eigentlichen Thema hat. In den anderen Werken stellt diese Operationalisierung ein Rand-, nicht das Hauptthema dar. Für *von Arnim* hängt die Bemessung sicherer Wahlkreise von zwei Prämissen ab. Die erste betrifft die Höhe des Erststimmenvorsprungs, die nach Partei und regionalem Wählerverhalten variieren kann. Da die SPD bei der Bundestagswahl 1998 ein zu anderen Bundestagswahlen vergleichsweise hohes und die CDU/CSU ein eher niedriges Wahlergebnis erzielte und diese Resultate bei der Bundestagswahl 2002 nicht wieder erwartet wurden, galten CDU/CSU-Wahlkreise in den alten Bundesländern bei einem Erststimmenvorsprung von fünf und für die SPD bei 15 Prozentpunkten als sicher.¹² In den neuen Bundesländern, wo „das Wählerverhalten größere Schwankungen aufweist“ und Zuschnittsänderungen die Vergleichbarkeit erschweren, wurden höhere Abstände angesetzt: Für sichere CDU/CSU-Wahlkreise musste der Kandidat bei der vorherigen Wahl zehn Prozentpunkte Erststimmenvorsprung, für sichere SPD-Wahlkreise einen Abstand von 25 Prozentpunkten erzielen.¹³ Zweitens mussten die Kandidaten derselben Partei bei den insgesamt drei vorangegangenen Bundestagswahlen obsiegt haben. Nur bei der Erfüllung beider Voraussetzungen (das Erreichen des parteispezifischen

Erststimmen erhalten. Gelangt ein Kandidat, der als Wahlkreisbewerber nicht obsiegte, dennoch in den Bundestag, dann aus dem Grund, dass die Wählerschaft dies per Zweitstimme entschieden hat. Die Landeslisten mit der Platzierung aller Kandidaten sind vor der Wahl für jeden Bürger einsehbar. Wenn der Wähler mit der Liste nicht einverstanden ist, weil die von den Parteien gewählten Kandidaten und/oder deren Reihung nicht auf seine Zustimmung treffen, steht es ihm frei, dieser Partei seine (Zweit-)Stimme nicht zu geben.

12 Vgl. ebenda, S. 135.

13 Vgl. ebenda.

Erststimmenvorsprungs und das Erzielen des Direktmandates bei drei vorangegangenen Bundestagswahlen) wurden die Wahlkreise als sicher eingestuft.¹⁴

Bei Betrachtung der vorgestellten Kriterien zur Bemessung sicherer Wahlkreise ist eine Gemeinsamkeit unverkennbar: Die Anzahl der Erststimmen spielt eine entscheidende Rolle (vgl. Tabelle 1). Bei *Kaack, Zeuner / Loewenberg* und *Schüttemeyer* ist die Höhe des Erststimmenvorsprungs bei der vorausgehenden Bundestagswahl das einzige und damit 100-prozentig ausschlaggebende Kriterium. Bei *Schindler* wird das Bemessungskriterium des Erststimmenergebnisses durch das Zweitstimmenergebnis gegebenenfalls ersetzt oder ergänzt und bei *von Arnim* nur im Zusammenspiel mit Wahlsiegen bei vorherigen Wahlen gültig.

2. Bemessungskriterien sicherer Wahlkreise im Validitätstest

Die vorgestellten Kriterien zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise sind keine perfekten Prognose-Modelle. Das können sie auch nicht sein. Die Ergebnisse einer Wahl beeinflussen nicht direkt die Resultate der Folgewahl. Die Zahlen basieren auf der Annahme relativ konstanter Wahlentscheidungen und hängen nicht direkt miteinander zusammen. Natürlich sind bei Wahlen Ergebnisänderungen zu erwarten: Die Wählerschaft wird in ihrer Entscheidung auch durch variable interne und externe politische Faktoren beeinflusst und kann sich strukturell in Form von demografischen Entwicklungen und Wahlkreisneuzuschnitten verändern.

Es ist jedoch sinnvoll, auf bestehende Wahlergebnisse zurückzugreifen, um die Wahlkreissicherheit über den indirekten Zusammenhang zweier zeitlich getrennter Wahlergebnisse sichtbar zu machen, da die Praxis zeigt, dass Wahlkreise oft von ein- und derselben Partei gewonnen werden. In der Wahlforschung gibt es darüber hinaus komplexere Berechnungsmodelle, die neben vorausgegangenen Wahlergebnissen auch sozialstrukturelle Daten oder demoskopische Erhebungen in die Wahlkreisanalyse einbeziehen.¹⁵ Sie sind nicht Bestandteil der vorliegenden Analyse, deren Ziel es ist, ein handhabbares Kriterium zur Bemessung von Wahlkreissicherheit zu ermitteln, dessen Berechnungsgrundlage die stetige und unkomplizierte Reproduzierbarkeit der Ergebnisse gewährleistet.

Die Grundannahme bei der Heranziehung vorangegangener Wahlentscheidungen lautet: Je höher das Ergebnis, desto höher auch der Anteil der „Stammwähler“, die bei der kommenden Bundestagswahl unabhängig vom politischen Klima erneut dieselbe Partei wählen. Abrupte Wechsel in der Stimmenführerschaft eines Wahlkreises sind demnach unwahrscheinlich. Dabei ist zu bedenken, dass die Volatilität in Deutschland bereits seit den 1970er Jahren kontinuierlich ansteigt und die Anzahl der Parteidentifizierer¹⁶ sinkt.

14 Vgl. ebenda, S. 134.

15 Vgl. zum Beispiel „Wahlkreisprognose Bundestagswahl“, in: Election.de vom 5. März 2017, http://www.election.de/cgi-bin/content.pl?url=%2Fimg%2Fpoll%2Fbtw_wp_170305.html oder *Marcus Groß*, Wer gewinnt die Bundestagswahl 2017, in: Inwt-statistics.de vom 20. März 2017, <https://www.inwt-statistics.de/blog-artikel-lesen/wahlprognose-fuer-die-bundestagswahl-2017.html> (Abruf jeweils am 26. April 2017).

16 Personen, die eine affektive und langfristige Bindung zu einer Partei haben.

Allerdings stimmt auch, dass sich der Rückgang der Parteiidentifikation seit den 1990er Jahren verlangsamt. Seit dem Jahrtausendwechsel ist er „praktisch zum Stillstand“¹⁷ gekommen. Über 60 Prozent der Bürger identifizieren sich mit einer Partei, wobei die Bindung bei jedem zweiten Parteiidentifizierer ziemlich oder sehr stark ist.¹⁸

2.1. Methodisches Vorgehen

Die vorgestellten Kriterien für sichere Wahlkreise waren oft nur Momentaufnahmen, die mithilfe der zurückliegenden Ergebnisse bei Bundestagswahlen auf kommende Wahlkreisgewinne schlossen. In der vorliegenden Untersuchung wird ein anderer Ansatz verfolgt. Um die einzelnen Kriterien zu vergleichen, wird ihre Validität im Zeitverlauf mehrerer Bundestagswahlen getestet. Auf Basis der weitaus höheren Fallzahl soll festgestellt werden, welches das geeignete Kriterium ist, um anzuzeigen, dass ein Wahlkreis sicher ist. Gemäß der Grundannahme, dass zwischen aufeinanderfolgenden Wahlkreisergebnissen ein indirekter Zusammenhang besteht, wird von der vorausgehenden Bundestagswahl auf die kommende gefolgt. Beispielsweise werden – je nach Kriterium – die Erststimmenergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen der Bundestagswahl 2002 betrachtet, um auf den Wahlkreisgewinner bei der Bundestagswahl 2005 zu schließen.

Der Wahlkreisgewinner ist in dem vorliegenden Modell immer eine Partei und nicht der einzelne Kandidat, da die personenunabhängige Sicherheit untersucht wird. Natürlich gibt es einzelne „Polit-Stars“, bei deren Wahl vor allem die Persönlichkeit und weniger die Partei im Vordergrund steht. Der Personenkult kommt besonders deutlich zum Vorschein, wenn der Erststimmenanteil in einem Wahlkreis erheblich über dem Zweitstimmenanteil liegt, wie zum Beispiel im Fall *Hans-Christian Ströbeles*, der bei der Bundestagswahl 2013 in Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost fast doppelt so viele Erststimmen einfuhr, wie die Grünen dort an Zweitstimmen gewannen.¹⁹ Jedoch stellen solche Fälle massiven Stimmensplittings nicht die Regel dar: Durchschnittlich haben im Untersuchungszeitraum mehr als drei von vier Wählern den Direktkandidaten und die Landesliste ein- und derselben Partei gewählt.²⁰

Für jeden Wahlkreis gibt es zwei Prognosen: „sicher“ und „nicht-sicher“. Sie beziehen sich immer auf die Perspektive derjenigen Partei, die bei der vorherigen Bundestagswahl den jeweiligen Wahlkreis gewonnen hat. Gilt ein Wahlkreis als sicher, bedeutet dies, dass er

17 Kai Arzheimer, Mikrodeterminanten des Wahlverhaltens: Parteiidentifikation. Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung, in: Oscar W. Gabriel / Bettina Westle, Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung, Baden-Baden 2012, S. 223 – 246, S. 226.

18 Vgl. Oscar W. Gabriel, Einstellungen der Bürger zu den politischen Parteien, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 321 – 347, S. 324.

19 Ströbele erhielt 66.056 Erststimmen (39,9 Prozent) und die Grünen 34.420 (20,8 Prozent) Zweitstimmen. Vgl. Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, Heft 3, Wiesbaden 2013, S. 77.

20 Vgl. Der Bundeswahlleiter, Stimmenkombination/Stimmensplitting, in: Bundeswahlleiter.de vom 1. Juli 2014, <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/s/stimmenkombination-stimmensplitting.html> (Abruf am 22. April 2017).

erneut von derselben Partei gewonnen wird. Gilt er als unsicher, wird vice versa angenommen, dass der Wahlkreis nicht erneut von derselben Partei gewonnen wird. Damit werden die sonst weit ausgefächernten Ausprägungen über „aussichtsreiche“, „wenig aussichtsreiche“ usw. Wahlkreise auf eine binär ausgeprägte Variable komprimiert. Auch wenn die Realität komplexer ist, lässt sich dieses Vorgehen in praxi rechtfertigen. Um die Güte der Prognose zu messen, gibt es nämlich auch nur zwei Ausprägungen für einen Wahlkreis. Entweder er wurde erneut von derselben Partei gewonnen oder nicht. Merkmalskombinationen wie etwa „aussichtsreich-nicht gewonnen“ ergeben keine leicht messbaren und interpretierbaren Aussagen. Solche Differenzierungen würden bei der Messung zu vielen Indifferenzen führen. Dies heißt nicht, dass Zwischenkategorien nicht sinnvoll wären. Vielmehr könnten im Anschluss solche Kategorien, die auf messbaren Aussagen der Art: „Ein Wahlkreis gilt als aussichtsreich, wenn der Wahlkreis in 90 Prozent der Fälle mit einem Merkmal X oder einer bestimmten Merkmalskombination XY erneut gewonnen wurde“ fußen, abgeleitet werden. Für die vorliegende Untersuchung, die sich auf die binär codierten Variablen stützt, ergeben sich vier Fallkategorien (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Übersicht der Fallkategorien

	Wahlkreis erneut von derselben Partei gewonnen	Wahlkreis nicht erneut von derselben Partei gewonnen
Wahlkreis sicher	Korrekte Prognose	Prognosefehler I
Wahlkreis nicht sicher	Prognosefehler II	Korrekte Prognose

Quelle: Eigene Darstellung.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung und der ihr zugrunde liegenden Logik interessiert neben der Anzahl der korrekten Prognosen vor allem die Art und Zahl der Prognosefehler. Das betrifft die Kombinationen „Wahlkreis sicher“-“Wahlkreis nicht erneut von derselben Partei gewonnen“ und „Wahlkreis nicht sicher“-“Wahlkreis erneut von derselben Partei gewonnen“. Ein valides Sicherheitskriterium sollte vor allem Prognosefehler I als „falsche Annahme von Sicherheit“ vermeiden. Ein Wahlkreis sollte demnach nicht als sicher eingestuft werden, wenn er nicht auch bei der kommenden Bundestagswahl tatsächlich erneut gewonnen wird. Bei einem sehr hoch angesetzten Bemessungskriterium würden allerdings viele Wahlkreise als nicht sicher gelten, obwohl sie letztendlich erneut gewonnen werden. Aus diesem Grund wird der Prognosefehler II als „falsche Annahme von Unsicherheit“ erhoben. Ein valides Sicherheitskriterium sollte, unter Berücksichtigung seiner Handhabbarkeit, keinen Wahlkreis fälschlicherweise als sicher einstufen und gleichzeitig möglichst wenige Wahlkreise als unsicher deklarieren, die von den Parteien letztendlich wiedergewonnen werden. Im Vergleich verschiedener Kriterien ist jenes zu bevorzugen, das die wenigsten Variablen benötigt, um sichere Wahlkreise zu identifizieren.

Für den Validitätstest der vorgestellten Kriterien wurden die vier Bundestagswahlen 2002, 2005, 2009 und 2013, inklusive der Bundestagswahl 1998, deren Ergebnisse die Berechnungsgrundlage für die Prognose zur Wahl 2002 darstellen, betrachtet. Diese Auswahl hat mehrere Gründe: Erstens kann das Parteiensystem der Bundesrepublik für die Zeit von 2002 bis 2013 als relativ stabil angesehen werden. Entsprechend bezieht sich der

Aussagegehalt dieser Studie auf das fluide Fünfparteiensystem.²¹ Inwiefern diese Kategorisierung für die Bundestagswahl 2017 noch zutrifft, wird am Ende des Beitrags diskutiert. Neben den theoretischen Vorüberlegungen ist zweitens auch ein pragmatischer Grund bei der Auswahl der Bundestagswahlen wesentlich: Es liegen auf Nachfrage beim Bundeswahlleiter nur für die Bundestagswahlen ab 2002 detaillierte Berichte über die Neuzuschnitte der Wahlkreise im Vergleich zur jeweiligen Vorperiode vor. Dies ist für die Analyse ausschlaggebend, da bei zwei Wahlkreisergebnissen nur dann von einem indirekten Zusammenhang ausgegangen werden kann, wenn – wie bereits ausgeführt – die Zusammensetzung der Wählerschaft weitgehend identisch bleibt. Folglich werden nur Wahlkreise verglichen, deren Zuschnitt sich nicht oder nur minimal geändert hat. Die durchschnittliche Wahlkreisgröße umfasst seit 2002 etwa 207.000 Wahlberechtigte.²² In der vorliegenden Analyse ist ein Wahlkreis nur vergleichbar, wenn die Änderung der Anzahl der Wahlberechtigten durch mögliche Neuzuschnitte nicht größer als 10.000 ist, der Neuzuschnitt ergo weniger als fünf Prozent der Wahlberechtigten betrifft.²³

Da von 1998 zu 2002 die Anzahl der Wahlkreise von 328 auf 299 verringert wurde, mussten viele Wahlkreise neu zugeschnitten werden. Oft betrafen diese Wahlkreisneuzuschnitte deutlich mehr als fünf Prozent der dort lebenden Wahlberechtigten, weshalb zwischen diesen beiden Bundestagswahlen nur knapp die Hälfte der Wahlkreise vergleichbar ist. In den Folgejahren waren deutlich weniger Wahlkreiszuschnittsänderungen nötig. Entsprechend beläuft sich der Anteil der vergleichbaren Wahlkreise auf jeweils rund 90 bis 96 Prozent.²⁴ Insgesamt sind 82,3 Prozent über eine, 72,4 Prozent über zwei, 63,0 Prozent über drei und 42,1 Prozent der Wahlkreise über alle vier Wahlperioden hinweg vergleichbar (vgl. Tabelle 3). Die Fallauswahl weist ein weitgehend ausgewogenes Ost-West-Verhältnis auf. Von allen Wahlkreisen in den neuen Bundesländern sind 63,4 Prozent und in den alten Bundesländern 86,7 Prozent von einer zur nächsten Wahlperiode vergleichbar. Die vergleichsweise geringere Anzahl ostdeutscher Wahlkreise in der Fallauswahl erklärt sich durch die zahlreichen Wahlkreisneuzuschnitte zur Bundestagswahl 2002, die zu einer drastischen Reduzierung von vergleichbaren Wahlkreisen im Osten Deutschlands führte. Trotzdem weist die vorliegende Auswahl eine ausreichende Anzahl sowohl ost- als auch westdeutscher Wahlkreise auf.

21 Vgl. Oskar Niedermayer, Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: *ders.* (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 9 – 35 sowie für die Kategorisierung des fluiden Fünfparteiensystems ab 2002 Ulrich von Alemann, Das Parteien-System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2010, S. 84 – 96.

22 Die Zahl der Wahlberechtigten lag 2002 bei 61.432.868, 2005 bei 61.870.711, 2009 bei 62.168.489 und 2013 bei 61.946.900. Auf die seit 2002 bestehenden 299 Wahlkreise verteilt bedeutet dies, dass in einem Wahlkreis 2002 durchschnittlich 205.462, 2005 206.925, 2009 207.921 und 2013 207.180 Wahlberechtigte gemeldet waren (siehe für die Zahl der Wahlberechtigten: Der Bundeswahlleiter, Ergebnisse früherer Wahlen, 2015).

23 Verliert ein Wahlkreis aufgrund eines Neuzuschnitts zum Beispiel eine Gemeinde von 5.000 Wahlberechtigten und erhält eine andere von 4.000 hinzu, beläuft sich die Gesamtänderung auf 9.000 Wahlberechtigte und wurde als ein mit anderen Wahlperioden (noch) vergleichbarer Wahlkreis klassifiziert.

24 Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters.

Tabelle 3: Fallauswahl der Grundgesamtheit im Ost-West-Vergleich (Spaltenprozentwerte)

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Gesamt						
Zahl der vergleichbaren Wahlkreise	839	86,7	142	63,4	984	82,3
... zur jeweils letzten Wahlperiode	583	65,0	64	7,1	649	72,4
... über die letzten zwei Wahlperioden	348	58,2	28	4,7	377	63,0
... über die letzten drei Wahlperioden	123	41,1	3	1,0	126	42,1
Grundgesamtheit der Wahlkreise	968		224		1.196	
Anmerkung: Die Berliner Wahlkreise sind entsprechend ihrer Lage den alten beziehungsweise neuen Bundesländern zugeordnet. Lediglich der Wahlkreis Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost wurde aufgrund seiner Lage in West- und in Ostberlin ausgeklammert.						
Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters.						

2.2. Untersuchungsergebnisse: Welches Sicherheitskriterium ist das valideste?

Erstrebenswert wäre es, ein Kriterium für absolute Sicherheit zu ermitteln. Um für eine Partei als sicher gelten zu können, muss ein Wahlkreis bei der jeweils letzten Bundestagswahl von ihr gewonnen worden sein. Es ist also ausgeschlossen, dass beispielsweise der Wahlkreis Berlin Spandau – Charlottenburg Nord, wo 1998, 2002 und 2005 die SPD siegte, 2009 für die CDU als sicher galt, auch wenn die CDU bei dieser Bundestagswahl dort auch tatsächlich erfolgreich war.

Die Wahlkreise, in denen das Direktmandat erneut an die Partei fiel, die auch bei den Wahlen zuvor siegte, dienen als Vergleichsgröße. Von den jeweils vergleichbaren Wahlkreisen trifft dies bei der Bundestagswahl 2002 auf 128 von 143, 2005 auf 262 von 286, 2009 auf 203 von 271 und 2013 auf 257 von 284 Wahlkreisen zu.²⁵ Im Durchschnitt werden demnach von einer Bundestagswahl zur nächsten 86,4 Prozent aller Wahlkreise erneut von der Partei gewonnen, die auch zuvor den Direktkandidaten stellte. Weniger als 14 Prozent der Wahlkreise wechseln den „Inhaber“.²⁶ Die Bundestagswahl 2009 stellt die einzige Ausnahme dar, da in vielen SPD-Hochburgen, wie zum Beispiel Bielefeld, erstmalig die CDU siegte. Bei dieser Wahl wurde in circa 30 Prozent aller Wahlkreise das Direktmandat von einem Kandidaten einer anderen Partei gewonnen als zur Bundestagswahl 2005. Ein perfektes Prognosekriterium würde stets die durchschnittlich circa 86 Prozent der erneut gewonnenen Wahlkreise identifizieren und als sicher deklarieren sowie die knapp 14 Prozent, die nicht erneut gewonnen wurden, als unsicher. Insofern ist die Suche nach einem optimalen Kriterium geprägt von der Frage: Gibt es aus den Abstimmungsergebnissen der letzten Bundestagswahl ablesbare Gemeinsamkeiten zwischen den jeweils sicheren, beziehungsweise unsicheren Wahlkreisen, und wie äußern sich diese? Auch die bisher vorgestellten Kriterien von *Kaack, Zeuner / Loewenberg, Schindler, Schüttemeyer* und *von Arnim* sind Vorschlä-

25 Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters.

26 Die Bezeichnung „Inhaber“ meint die Partei, deren Kandidat in einem Wahlkreis bei der vorherigen Bundestagswahl die meisten Erststimmen erzielte und demnach Inhaber des Direktmandates ist.

Tabelle 4: Gegenüberstellung der Kriterien zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise

	Kaack		Zeuner / Loewenberg		Schindler		Schüttemeyer		von Arnim	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Zahl der vergleichbaren Wahlkreise	984	82,3	984	82,3	984	82,3	984	82,3	377	63,0
davon sicher	186	18,9	545	55,4	52	5,3	273	27,7	19	5,0
davon gewonnen	186	100	533	97,8	52	100	273	100	18	94,7
davon unsicher	798	81,1	439	44,6	932	94,7	711	72,3	358	95,0
davon nicht gewonnen	134	16,8	122	27,8	134	14,4	134	18,8	44	12,3
Anzahl der Prognosefehler	664		329		798		577		315	
davon Prognosefehler I	0		12		0		0		1	
davon Prognosefehler II	664		317		798		577		314	

Anmerkungen: Die von den Autoren vorgeschlagenen Messkriterien sind in Tabelle 1 zusammengefasst.
Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters.

ge dafür, was jeweilige Gemeinsamkeiten wechselnder und sicherer Wahlkreisgewinne sein könnten. Die Operationalisierungen sind ergiebig, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise (vgl. Tabelle 4).

Der Anteil der als sicher angenommenen Wahlkreise schwankt erheblich. Gelten nach Schindlers Kriterium für den Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2013 nur circa fünf Prozent der Wahlkreise als sicher, sind es nach der Zehn-Prozent-Bemessungsgrenze von Zeuner / Loewenberg über 55 Prozent. Dabei liegt der letztgenannte Wert noch weit unterhalb der circa 86-Prozent-Marke der Wahlkreise, die in der Regel von der „Inhaber“-Partei erneut gewonnen werden. Gleichzeitig zeigt sich bei Zeuners / Loewenbergs und von Arnims Messwert, dass ein niedrigeres Messkriterium auch das Wagnis birgt, dass ein sicher geglaubter Wahlkreis dennoch verloren geht. Zwar tritt Prognosefehler I bei von Arnim mit einem Wahlkreis (5,3 Prozent der vergleichbaren Wahlkreise) und bei Zeuner / Loewenberg mit 12 Wahlkreisen (2,2 Prozent der vergleichbaren Wahlkreise) eher selten auf, aber ihr Vorkommen zeigt, dass diese Kriterien keine 100-prozentige Sicherheit bieten. Sowohl bei von Arnim als auch bei Zeuner / Loewenberg treten die Prognosefehler bei der Bundestagswahl 2009 in Erscheinung, bei der die Sozialdemokraten viele ihrer Hochburgen verloren. Beispielsweise unterlag Holger Ortel, der 2005 50,1 Prozent der Erststimmen und einen Erststimmenvorsprung von 15,6 Prozentpunkten vorweisen konnte, im Wahlkreis Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land 2009 hauchdünn der CDU-Herausforderin Astrid Grotelüschen. Auch der Wahlkreis Berlin-Pankow ging trotz eines Erststimmenvorsprungs von 16,7 Prozentpunkten für Wolfgang Thiere (SPD) im Wahljahr 2005 bei der Bundestagswahl 2009 an Stefan Liebich (Die Linke). Anders als bei Zeuner / Loewenberg und von Arnim fallen bei Kaack, Schindler und Schüttemeyer keine Prognosefehler I an. Sie sind daher eher geeignet, als die Kriterien nach von Arnim und Zeuner / Loewenberg sichere Wahlkreise auch als sicher zu identifizieren. Zugleich kommen sie mit jeweils nur einer Variable aus und sind damit handhabbarer als von Arnims Modell. Die Anwendung des 30.000 Stimmen-Kriteri-

um nach *Schüttmeyer* führt darüber hinaus zur geringsten Anzahl nicht sicher eingestufter Wahlkreise, die letztendlich dennoch von der „Inhaber“-Partei wiedergewonnen wurden. Für den Untersuchungszeitraum 2002 bis 2013 stellt sich folglich das 30.000-Stimmen-Kriterium von allen vorgestellten Bemessungsgrößen als das valideste heraus.

Während bei *Kaack* und *Schüttmeyer* ausschließlich der Erststimmenvorsprung als Bemessungsgröße dient, ist bei *Schindler* auch der Zweitstimmenvorsprung von Bedeutung. Dies ist insofern nachvollziehbar, als sich die tatsächliche Parteiaffinität der Wählerschaft in der Zweitstimme ausdrückt. Sie gibt an, wie stark der Rückhalt für eine Partei unabhängig von strategischen Splitting-Überlegungen und gegebenenfalls vom Sympathiefaktor für den jeweiligen Kandidaten im Wahlkreis ist und wäre prima vista ein besserer Indikator für die personenunabhängige Wahlkreissicherheit. Bei näherer Betrachtung bestätigt sich diese Annahme jedoch nicht (vgl. Tabelle 5). Der Zweitstimmenvorsprung ist als Kriterium ebenso anfällig für Annahmen „falscher Sicherheit“ wie der Erststimmenvorsprung und generiert grundsätzlich mehr Prognosefehler „falscher Unsicherheit“. Der Grund für letzteres dürfte in den allgemein höheren Erststimmen- gegenüber den Zweitstimmenanteilen der beiden stimmenstärksten Parteien liegen.

Tabelle 5: Vergleich der Kriterien Erststimmenvorsprung und Zweitstimmenvorsprung (in Fünf-Prozentpunkt-Intervallen)

	Erststimmenvorsprung von...							
	20 Prozent- punkten abs. %		15 Prozent- punkten abs. %		10 Prozent- punkten abs. %		5 Prozent- punkten abs. %	
Zahl der vergleichbaren Wahlkreise	984	82,3	984	82,3	984	82,3	984	82,3
davon sicher	254	25,8	390	39,6	545	55,4	732	74,4
davon gewonnen	254	100	388	99,5	533	97,8	687	93,9
davon unsicher	730	74,2	594	60,4	439	44,6	252	25,6
davon nicht gewonnen	134	18,4	132	22,2	122	27,8	89	35,3
Anzahl der Prognosefehler	596		464		329		208	
davon Prognosefehler I	0		2		12		45	
davon Prognosefehler II	596		462		317		163	
	Zweitstimmenvorsprung von...							
	20 Prozent- punkten abs. %		15 Prozent- punkten abs. %		10 Prozent- punkten abs. %		5 Prozent- punkten abs. %	
Zahl der vergleichbaren Wahlkreise	984	82,3	984	82,3	984	82,3	984	82,3
davon sicher	189	19,2	301	30,6	484	49,2	687	69,8
davon gewonnen	189	100	297	98,7	475	98,1	645	93,9
davon unsicher	795	80,8	683	69,4	500	50,8	297	30,2
davon nicht gewonnen	134	16,9	136	19,9	125	25,0	92	31,0
Anzahl der Prognosefehler	661		551		384		247	
davon Prognosefehler I	0		4		9		42	
davon Prognosefehler II	661		547		375		205	

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters.

Auch *Schindlers* Fokussierung auf relative Erst- beziehungsweise Zweitstimmenanteile ist für valide Sicherheitsprognosen nicht fruchtbarer. Während nach seinem 55-Prozent-Kriterium nur circa fünf Prozent aller vergleichbaren Wahlkreise als sicher gelten würden, führt eine Absenkung der Bemessungsgrenze auf 50-Prozent-Erststimmenanteil bereits zu circa 29 Prozent sicher geltender Wahlkreise. Allerdings würde es bei der Anwendung dieses Kriteriums auch einen Fall geben, in dem ein mit absoluter Mehrheit bei der vorangegangenen Bundestagswahl gewonnener Wahlkreis schließlich verloren wurde.²⁷ Ein Zweitstimmenkriterium von mindestens 50 Prozent würden nur circa 14 Prozent aller vergleichbaren Wahlkreise erfüllen, eine 45-Prozent-Marke immerhin schon 28 Prozent – allerdings nur mit einer Sicherheit von 98,6 Prozent. Stellt man die bisherigen Ansätze – Erst- beziehungsweise Zweitstimmenvorsprung und relativer Erst- beziehungsweise Zweitstimmenanteil – einander gegenüber und betrachtet jeweils die Höhe, bei der keine Prognosefehler „falscher Sicherheit“ gemacht werden, so stellt sich der Erststimmenabstand als das geeignete Kriterium zur Operationalisierung sicherer Wahlkreise heraus. Bei einem Kriterium von 20 Punkten Erststimmenvorsprung würden 596 von 850 (70,1 Prozent) der Wahlkreise als unsicher eingestuft werden, obwohl sie von den „Inhaber-Parteien“ wiedergewonnen wurden. Bei 20 Punkten Zweitstimmenvorsprung trüfe dies auf 661 Wahlkreise (77,8 Prozent) zu, bei 50 Prozent relativem Zweitstimmenanteil 714 (84,0 Prozent) und bei 55 Prozent Erststimmenanteil 798 (93,9 Prozent).²⁸ Das Erststimmenabstandskriterium ergibt demnach die wenigen Schätzfehler zweiter Ordnung und ist dem Kriterium des Zweitstimmenabstandes demnach vorzuziehen. Im Folgenden wird versucht, diesen „Goldstandard“ auszubauen.

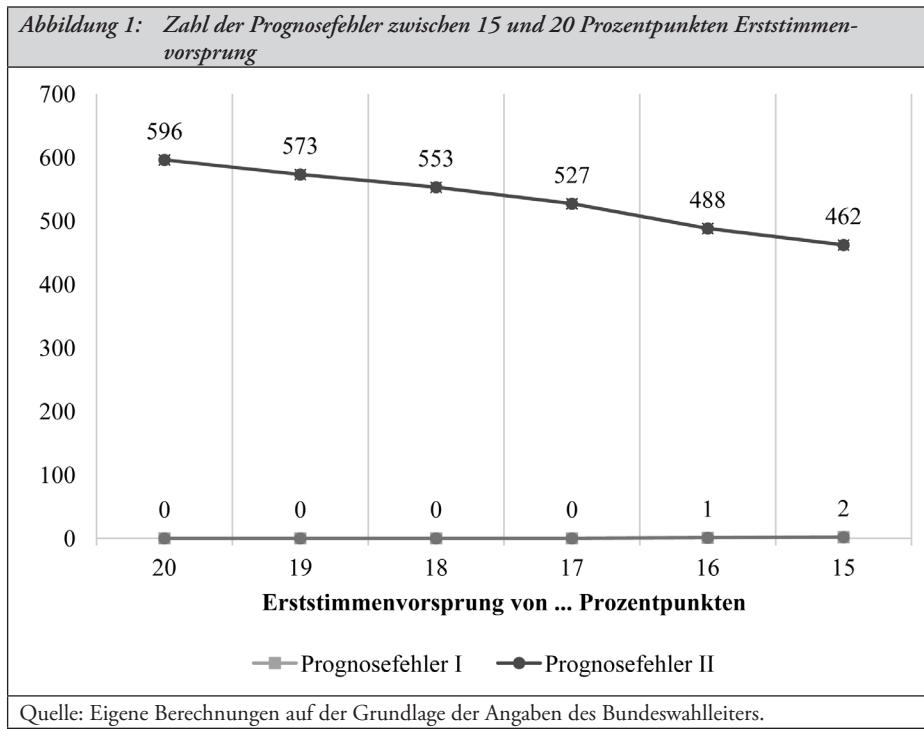
Bisher hat sich gezeigt, dass zwischen 15 und 20 Prozentpunkten Erststimmenvorsprung die ersten Prognosefehler „falscher Sicherheit“ auftreten. Daher lohnt es, diesen Bereich genauer zu betrachten. Abbildung 1 illustriert die Zahl der auftretenden Prognosefehler I und II unter den Bedingungen der jeweiligen Erststimmenvorsprünge. Bei einem Vorsprung von 16 Prozentpunkten tritt erstmals ein Prognosefehler „falscher Sicherheit“ auf. Entsprechend ist vor dem Hintergrund der Bundestagswahlergebnisse seit 1998 bei einem Vorsprung von mindestens 17 Prozentpunkten die 100-prozentige Sicherheit eines Wahlkreises gegeben.

Allgemein fällt auf, dass die meisten Wahlkreise auch dann von der „Inhaber-Partei“ gewonnen werden, wenn diese bei der Wahl zuvor nur vergleichsweise knapp obsiegte. In 93,9 Prozent der Fälle, in denen der Wahlkreisgewinner mit mindestens fünf Prozentpunkten der Erststimmen vor dem Zweitplatzierten lag, hat er den Wahlkreis auch bei der folgenden Bundestagswahl gewonnen (vgl. erneut Tabelle 5). Tatsächliche Sicherheit bietet nur das 17-Prozentpunkte-Kriterium – ähnlich dem 30.000-Stimmen-Kriterium von *Schüttemeyer*.

Wie eingangs erwähnt, bezieht *von Arnim* bei seiner Bemessung noch zwei weitere Aspekte mit ein: den wiederholten Gewinn eines Wahlkreises und die Unterscheidung zwischen SPD und CDU. Beide Aspekte werden im Folgenden auf ihre Prognose-Auswirkungen auf den erneuten Wahlkreisgewinn hin getestet. Die weitere von *Arnim* angedachte Unterscheidung zwischen alten und neuen Bundesländern wird im Folgenden nicht näher

27 Es handelt sich erneut um den Wahlkreis Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land bei der Bundestagswahl 2009.

28 Die Messung wurde aus Gründen der Handhabbarkeit nur jeweils in Fünf-Prozentpunkt-Intervallen durchgeführt.



untersucht. Zunächst basierte die Anlegung unterschiedlicher Maßstäbe in Ost und West zum Teil auf der Problematik der Vergleichbarkeit der Wahlkreise aufgrund ihrer häufigeren Neuzuschnitte im Osten. Diese Einschränkung ist im Rahmen dieser Untersuchung irrelevant, da nur vergleichbare Wahlkreise in die Analyse einfließen. Zudem stellt die Prämisse unterschiedlicher regionaler Kriterien bei der Suche nach regionalen Hochburgen einen Zirkelschluss dar.

Hinter der Annahme, ein Wahlkreis sei sicher, wenn er mehrmals in Folge von derselben Partei gewonnen wurde, steht die Überlegung, dass es sich in diesem Fall um eine „Partei-Hochburg“ handele, da man dort den Wahlkreis schon immer gewonnen hat und sich diese zeitliche Abfolge deshalb auch in die Zukunft projizieren lasse. Tatsächlich gab es den größten Teil der Geschichte der Bundesrepublik hindurch feste Hochburgen für Union und Sozialdemokraten. Traditionell liegen diese für die CDU/CSU in den katholischen Agrargebieten, die der SPD in den (evangelisch geprägten) Industrieregionen.²⁹ Im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2013 fällt jedoch ein sehr starker Erosionsprozess ehemaliger sozialdemokratischer Bastionen auf. Gewann die SPD 2002 noch 171 Wahlkreise direkt, waren dies 2005 noch 145, 2009 64 und 2013 nur noch 58.³⁰ Somit ist die Zahl der SPD-

29 Vgl. Everhard Holtmann (Hrsg.), Politik-Lexikon, München / Wien 2000, S. 249.

30 Vgl. Katharina Böhl / Kevin Kobold, Endgültiges Wahlergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik vom Dezember 2013, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wahlen/Bundestagswahl2013_122013.pdf?__blob=publicationFile (Abruf am 18. Januar 2017).

Tabelle 6: Gegenüberstellung der Kriterien zwei, drei und vier Wahlsiege in Folge

	Zwei Wahlsiege in Folge		Drei Wahlsiege in Folge		Vier Wahlsiege in Folge	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Zahl der vergleichbaren Wahlkreise	649	72,4	377	63,0	126	42,1
davon sicher	549	84,6	270	71,6	78	61,9
davon gewonnen	466	84,9	237	87,8	74	94,9
davon unsicher	100	15,4	107	28,4	48	38,1
davon nicht gewonnen	13	13,0	12	11,2	3	6,3
Anzahl der Prognosefehler	170		128		49	
davon Prognosefehler I	83		33		4	
davon Prognosefehler II	87		95		45	

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters.

Direktmandate innerhalb von elf Jahren um mehr als zwei Drittel zurückgegangen. Zugeleich stieg der Anteil der Wahlkreise, die von der CDU/CSU erneut gewonnen wurden. So verwundert es nicht, dass die Fehlerquote dieses Messkriteriums für sich genommen sehr hoch ist: Hätte für die Bundestagswahl 2013 gegolten, dass ein Wahlkreis sicher ist, wenn er die zurückliegenden vier Bundestagswahlen immer von derselben Partei gewonnen wurde, wären vier Wahlkreise fälschlicherweise als sicher eingestuft worden (5,1 Prozent; vgl. Tabelle 6). Die SPD verlor 2013 Hildesheim, Worms, Berlin Charlottenburg – Wilmersdorf und Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I jeweils an die CDU, obwohl die Sozialdemokraten hier bei vier vorangegangenen Wahlen gewonnen hatten. Bei Be trachtung der letzten zwei Bundestagswahlen läge der Prognosefehler I für 83 Wahlkreise (15,1 Prozent) noch sehr viel höher – noch höher als bei der Annahme, dass die Partei, die bei der letzten Wahl den Wahlkreis gewonnen hat, erneut obsiegen wird (hier läge der Prognosefehler bei 14 Prozent).

Gewinnbringender als das Kriterium der wiederholten Wahlsiege einer Partei scheint von Arnims zweite Prämisse zur Kennzeichnung sicherer Wahlkreise zu sein. Sie geht davon aus, dass der nötige Erststimmenvorsprung je nach Partei unterschiedlich hoch ausfallen muss. So konnte man in den vergangenen Jahren davon ausgehen, dass die Union relativ sicher die meisten Wahlkreise wiedergewinnt, während es der SPD, wie erwähnt, trotz vormals hoher Stimmenanteile zunehmend schwerer fällt, selbst in ihren traditionellen Hochburgen zu gewinnen. Von 1998 bis 2013 verlor die SPD insgesamt 100 als vergleichbar klassifizierte Wahlkreise an die CDU, fünf an die CSU und zehn an Die Linke. Im selben Zeitraum konnte die SPD nur acht Wahlkreise von der CDU erobern (vgl. Tabelle 7). Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass im vorliegenden Zeitraum unterschiedliche Kriterien für die Sicherheit von Unions- beziehungsweise SPD-Wahlkreisen angelegt werden sollten. Ob diese Unterscheidung auch außerhalb dieser hier ausgewählten Phase des Parteiensystems mit einer sehr dominanten Union sinnvoll ist und welche Gültigkeit sie in Bezug auf die Bundestagswahl 2017 hat, wird abschließend zu diskutieren sein.

Im Folgenden wird von Arnims Kriterium in zwei Punkten modifiziert. Erstens werden neben der Union und der SPD auch andere Parteien mit dem Potenzial, direkt Wahlkreise zu gewinnen, wie Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, in die Analyse einbezogen.

Tabelle 7: Wahlkreisgewinne und -verluste nach Parteien

Wahlkreisgewinner der jeweils letzten Bundestagswahl	Wahlkreisgewinner der darauffolgenden Bundestagswahl	BTW 2002	BTW 2005	BTW 2009	BTW 2013
CDU	... an CDU	40	79	93	158
	... an SPD	3	0	0	5
	Saldo	48	102	151	180
CSU	... an CSU	33	40	44	43
	Saldo	37	40	45	43
SPD	... an SPD	54	140	62	51
	... an CDU	8	23	58	11
	... an CSU	4	0	1	0
	... an Die Linke	0	1	9	0
	Saldo	57	140	62	56
Die Linke	... an Die Linke	1	2	3	4
	... an CDU	0	0	0	11
	Saldo	1	3	12	4
Bündnis 90/ Die Grünen	... an Bündnis 90/ Die Grünen	0	1	1	1
	Saldo	0	1	1	1

Anmerkung: Es wurden nur die jeweils zwischen den Wahlen als vergleichbar angesehenen Wahlkreise in die Kalkulation miteinbezogen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters.

Zweitens wurden die Fälle lokalisiert, die *von Arnim* für die SPD als sicher prognostiziert hatte und die anschließend dennoch für die Partei verloren gingen.

Die Linke hat sich vor allem in den neuen Bundesländern als Partei etabliert, deren Stimmenanteil durchaus für direkte Mandatsgewinne ausreicht. Auch die Grünen holten seit 2005 im Wahlkreis Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost regelmäßig das Direktmandat. Ob dies einzig an dem Wahlkreiskandidaten *Hans-Christian Ströbele* oder an der „grünen Wählerschaft“ im Wahlkreis liegt, wird sich zur kommenden Bundestagswahl zeigen, bei der nicht mehr *Ströbele*, sondern *Canan Bayram* kandidiert.³¹ Dennoch zeigt dieser Fall, dass die Grünen regional begrenzt in der Lage sind, Direktmandate zu gewinnen.

Um alle Wahlkreise als unsicher zu kennzeichnen, die tatsächlich auch verloren gingen, ist nach den jeweils größten „Fallhöhen“ zu suchen. Beispielsweise verlor die SPD von 2005 auf 2009 den Wahlkreis Berlin-Pankow, obwohl die Sozialdemokraten dort zuvor mit 16,7 Prozentpunkten Erststimmenvorsprung führten. Dies ist im Betrachtungszeitraum die größte Fallhöhe der SPD. Ein SPD-Wahlkreis gilt demnach mit 17 Prozentpunkten Erststimmenvorsprung als absolut sicher. Bei der CDU ist die Fallhöhe im Zeitvergleich deutlich niedriger. 2013 gewann die SPD den Wahlkreis Hamburg-Eimsbüttel zurück, der 2009 mit einem Erststimmenvorsprung von 5,1 Punkten erstmals an die CDU gefallen war. Für die CDU können folglich alle Wahlkreise als sicher gelten, in denen ein Erststimmenabstand von aufgerundet sechs Prozentpunkten bei der letzten Wahl erzielt wurde.

31 Vgl. *Christoph Seils*, Schweres Erbe, in: Cicero, 13. Jg. (2017), H. 4, S. 40.

Die Linke hat bei der Bundestagswahl 2013 zahlreiche Wahlkreise an die CDU verloren. Die höchste Niederlage fuhr sie jedoch bei der Bundestagswahl 2009 im Wahlkreis Märkisch-Oderland – Barnim III ein, den sie trotz eines Erststimmenvorsprungs von 13,4 Prozentpunkten im Jahr 2005 an die CDU verloren hatte. Alle anderen Wahlkreise hatte Die Linke mit deutlich geringeren Stimmenvorsprüngen verloren. Dennoch muss aufgrund dieses „Ausreißers“ ein Wahlkreis einen Erststimmenvorsprung von mindestens 14 Prozent aufweisen, um für Die Linke als absolut sicher zu gelten. Die Grünen und die CSU bilden Sonderfälle, da sie im Beobachtungszeitraum keine Wahlkreise an andere Parteien verloren haben. Insofern ist per Definition jeder Wahlkreis, den diese Parteien gewonnen haben, bis dato als sicher einzustufen.

Tatsächlich ergibt dieses parteienspezifische Kriterium eine vergleichsweise sehr gute Operationalisierung des Sicherheitsbegriffs. Knapp über 50 Prozent der Wahlkreise werden zwischen 2002 und 2013 korrekt als sicher klassifiziert (vgl. Tabelle 8). Knapp ein Achtel wird korrekt als unsicher eingestuft. Das Kriterium ist jedoch anfälliger für Schwankungen. Sobald sich die politischen Umstände merkbar ändern – die SPD bei Bundestagswahlen beispielsweise wieder Ergebnisse jenseits der 30- oder 35-Prozentmarke erreichen würde oder die Union stärker als bisher an Stimmen verlöre – würde das Kriterium keine aussagekräftigen Ergebnisse hervorbringen. Für den Zeitraum von 2002 bis 2013 – und die bis dato vorliegende Konkurrenzsituation im Parteiensystem – liefert es allerdings aussagekräftige Prognosen.

Tabelle 8: Ergebnisse der Anwendung des parteispezifischen Sicherheitskriteriums auf die Bundestagswahlen 1998 bis 2013

	Prognostizierte Wahlkreisgewinne durch die Ergebnisse der BTW ... auf die BTW ...								
	1998 auf 2002		2002 auf 2005		2005 auf 2009		2009 auf 2013		Gesamt
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
Zahl der vergleichbaren Wahlkreise	143	47,8	286	95,7	271	90,6	284	95,0	984 82,3
davon sicher	69	48,3	142	49,7	138	50,9	168	59,2	517 52,5
davon gewonnen	69	100	142	100	138	100	168	100	517 100
davon unsicher	74	51,7	144	50,3	133	49,1	116	40,8	467 47,5
davon nicht gewonnen	15	20,3	24	16,7	68	51,1	27	23,3	134 28,7
Anzahl der Prognosefehler	59		120		65		89		333
davon Prognosefehler I	0		0		0		0		0
davon Prognosefehler II	59		120		65		89		333

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters.

3. Sichere Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2017

Der Zuschnitt der Wahlkreise hat sich auch für die kommende Bundestagswahl nur geringfügig geändert. Insgesamt sind 276 Wahlkreise von 2013 zu 2017 vergleichbar. Größere Zuschnittsänderungen gibt es lediglich in Thüringen durch den Wegfall des Wahlkreises 194 Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und in Bayern durch das Hinzukommen des Wahlkreises 223 Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach sowie in Brandenburg durch größere Umstrukturierungen der Wahlkreiszuschnitte.³²

Wendet man das hier vorgeschlagene Kriterium an, ein Wahlkreis könne als absolut sicher gelten, wenn er das letzte Mal mit einem Erststimmenvorsprung von mindestens 17 Prozentpunkten gewonnen wurde, gelten 131 der vergleichbaren Wahlkreise als sicher (vgl. Abbildung 2). Auffällig ist, dass viele Wahlkreisgewinne für die CDU und die CSU zu erwarten sind. Die SPD hingegen hätte nach dem 17-Prozentpunkte-Kriterium bei der nächsten Bundestagswahl lediglich vier sichere Wahlkreise und entsprechend keine sicheren regionalen Hochburgen mehr. Sogar im Ruhrgebiet vermochte die CDU bei der letzten Bundestagswahl so Fuß zu fassen, dass erneute Wahlkreisgewinne sicher erscheinen. Noch deutlicher wird dieser Trend unter Anwendung des nach Parteien spezifizierten Kriteriums (vgl. Abbildung 3).

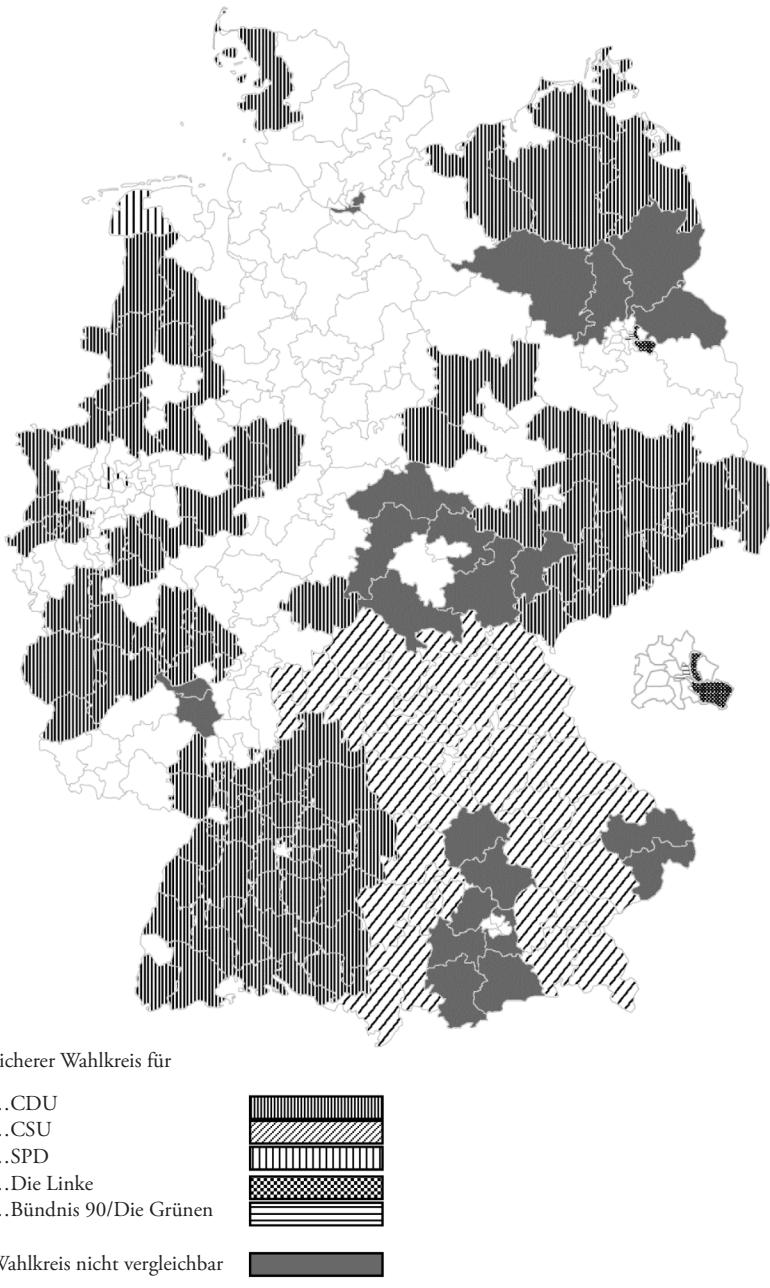
Über zwei Drittel der Wahlkreise (198) können danach als sicher gelten. 191 werden von der CDU und CSU gewonnen. Für die SPD werden – dem 17-Prozentpunkte-Kriterium entsprechend – nur vier Wahlkreise (Aurich – Emden, Essen II, Gelsenkirchen und Herne – Bochum II) als sicher eingestuft. Die Linke kann sich zwei Berliner Wahlkreise sicher sein: Wahlkreis 84 (Berlin-Treptow – Köpenick), wo ab 2005 *Gregor Gysi*, und Wahlkreis 86 (Berlin-Lichtenberg), wo ab 2002 *Gesine Lötzsch* die meisten Erststimmen erhielt. Obgleich die Grünen noch keinen Wahlkreis verloren haben und der „*Ströbele*-Wahlkreis“ 83 in Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost von der Partei theoretisch wiedergewonnen werden müsste, ist diese Prognose aufgrund des Verzichts *Ströbeles* auf eine erneute Kandidatur vage. Hier bleibt abzuwarten, ob Bündnis 90/Die Grünen ihr Direktmandat auch mit der Kandidatin *Bayram* erneut gewinnen.

Für weitere Abweichungen von Abbildung 3 und 4 sprechen zudem die Verschiebungen im Parteienspektrum, die sich mit dem Aufkommen der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) abzeichnen. Im Februar 2013 in Berlin gegründet, wuchs die neue Partei beständig an Mitgliedern und Wählern. Aktuell ist sie in 13 Landtagen vertreten³³ und zeigte insbesondere bei den Wahlen am 13. März 2016, dass sie im Stande ist, Direktmandate zu erzielen: In Baden-Württemberg erhielt die AfD zwei, in Sachsen-Anhalt

32 Vgl. Der Bundeswahlleiter, Wahlkreiseinteilung, in: Bundeswahlleiter.de (ohne Datum), <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/wahlkreiseinteilung.html#c60a23e3-e1f7-441a-8034-d86b6ca6145a> (Abruf am 23. Januar 2017).

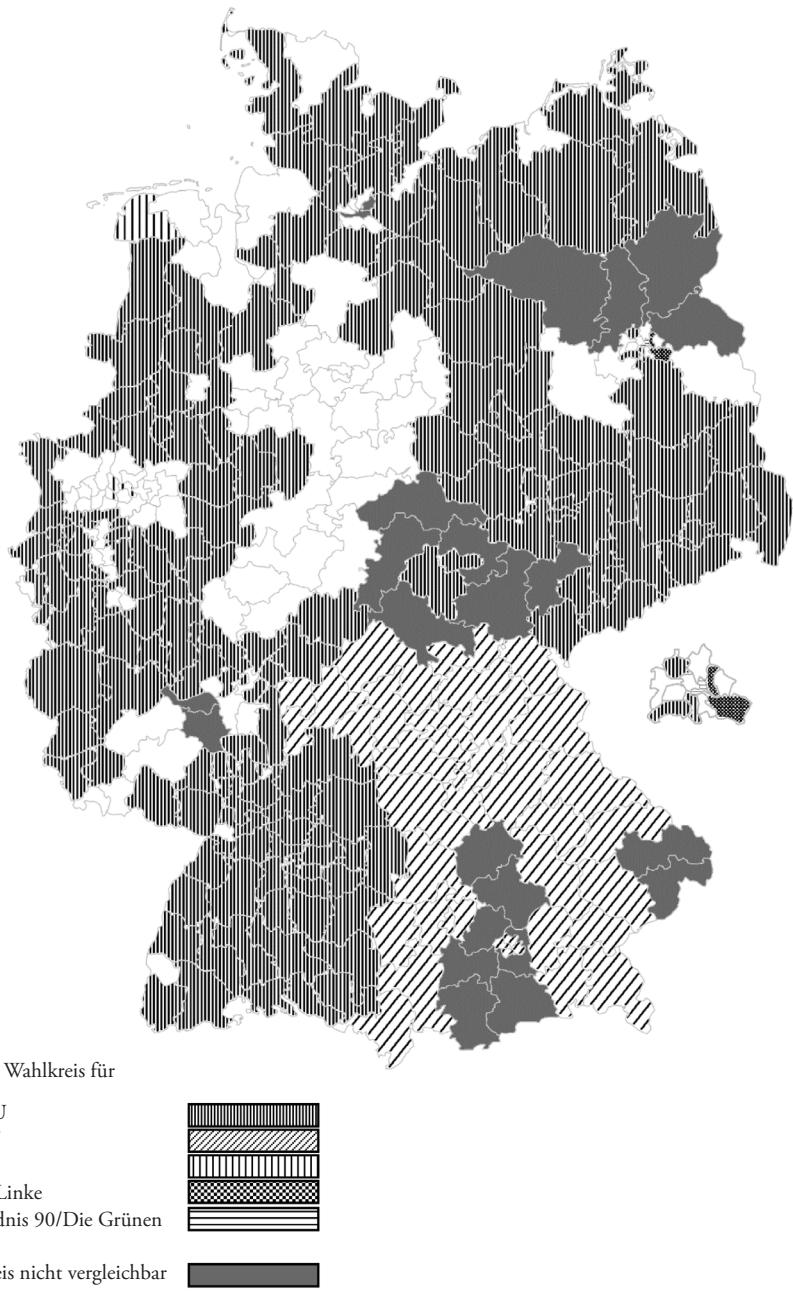
33 „Stimmenanteile der AfD bei den jeweils letzten Landtagswahlen in den Bundesländern bis März 2017“, in: Statista.de, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/320946/umfrage/ergebnisse-der-afd-bei-den-landtagswahlen/> (Abruf am 25. Mai 2017). Vgl. auch die Landtagswahlanalysen in der ZParl.

Abbildung 2: Sichere Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2017 unter Anwendung des 17-Prozentpunkte-Kriteriums



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters. Blanko-Karte bereitgestellt vom Bundeswahlleiter.

Abbildung 3: Sichere Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2017 unter Anwendung des parteispezifischen Sicherheitskriteriums



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben des Bundeswahlleiters. Blanko-Karte bereitgestellt vom Bundeswahlleiter.

sogar 15 Wahlkreismandate.³⁴ Auch bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, die am 4. September 2016 stattfand, gingen drei Direktmandate an die AfD.³⁵ Zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin zwei Wochen später waren es fünf.³⁶ So ist auch vor dem Hintergrund, dass die AfD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017 und eine Woche später in Nordrhein-Westfalen keine Wahlkreise direkt gewann, nicht auszuschließen, dass die Partei bei der kommenden Bundestagswahl Direktmandatsgewinne erzielt. Sie sind vor allem im Nordosten des Landes denkbar.

Wann ist „sicher“ demnach sicher? Auf Grundlage der Bundestagswahlergebnisse ab 1998 lautet die Antwort: ab einem Erststimmenvorsprung von 17 Prozentpunkten. Die betreffenden Wahlkreise wurden von den Parteien, die bei der vorherigen Wahl das Direktmandat erhielten, stets wiedergewonnen. Dies trifft auch auf die vorgestellten Kriterien nach *Kaack, Schindler und Schüttemeyer* zu. Vorteil des 17-Prozentpunkte-Kriteriums ist allerdings, dass es bei der Operationalisierung so viele Wahlkreise wie möglich in die Bemessung einbezieht und folglich zu einem noch präziseren Ergebnis kommt. Es ist eine für Parteien, Kandidaten, Wähler und Politikwissenschaftler handhabbare Größe.

Für die Anwendung des 17-Prozentpunkte-Kriteriums bedarf es lediglich zweier Angaben: das prozentuale Erststimmenergebnis des Wahlkreisgewinners und das prozentuale Erststimmenergebnis des Zweitplatzierten bei der vorausgehenden Bundestagswahl. Liegen die beiden Wahlergebnisse vor, ist einzig ihre Differenz zu bilden. Ist der Wert gleich oder höher als 17 gilt der Wahlkreis als sicher und wird aller Voraussicht nach erneut von der „Inhaber“-Partei gewonnen. Ist die Differenz kleiner als 17 ist der erneute Gewinn immer noch sehr wahrscheinlich, aber für die gegnerische Partei besteht eine Chance, den Wahlkreis zu „erobern“. Im eingangs erwähnten Wahlkreis Bitburg besteht diese Chance nicht. Die Differenz der 56,0 Prozent Erststimmen, die CDU-Mitglied *Schnieder* bei der Bundestagswahl 2013 erzielte, und der 26,3 Prozent des zweitplatzierten SPD-Kandidaten *Jessen*, beträgt stolze 29,7 Prozentpunkte. Für den im November 2016 zum SPD-Kandidaten gekürten *Pauls* bedeutet dies, dass seine „politische Karriere“ bereits dort endete, wo sie hätte beginnen sollen: auf der Delegiertenkonferenz in der Prümmer Karolingerhalle.

³⁴ Vgl. *Anna-Lena Roth*, AfD holt 15 Direktmandate in Sachsen-Anhalt, zwei in Baden-Württemberg, in: Spiegel Online vom 14. März 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-in-sachsen-anhalt-mit-15-direktmandaten-in-baden-wuerttemberg-2-a-1082130.html> (Abruf am 4. Januar 2017).

³⁵ Vgl. „AfD holt drei Direktmandate in Vorpommern“, in: Spiegel Online vom 5. September 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-in-sachsen-anhalt-mit-15-direktmandaten-in-baden-wuerttemberg-2-a-1082130.html> (Abruf am 5. Januar 2017).

³⁶ Vgl. *Sybille Klormann / Jakob Pontius / Tilman Steffen / Christoph Herwartz / Lisa Caspari / Katharina Schuler / Philip Ziegler / Till Schwarze*, SPD ein schwacher Sieger, AfD holt Direktmandate, in: Zeit Online vom 18. September 2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/berlin-wahl-abgeordnetenhaus-live> (Abruf am 5. Januar 2017).